



## **BÜNDNIS FÜR GUTE PFLEGE:**

Perspektiven für die Pflege älterer Menschen in Deutschland, 23. Mai 2012  
Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern in Berlin

Ellen Paschke, Bundesvorstand Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
**Statement zur Situation der Beschäftigten im Pflegebereich**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gute Pflege ist ein Menschenrecht. Dieses Recht ist eine Errungenschaft unseres Sozialstaats – ein Recht, das unsere Gesellschaft menschlicher macht – ein Recht, das uns das Zusammenleben in Achtung voreinander ermöglicht.

Gute Pflege ohne gute Arbeit ist undenkbar. Wenig Personal, viele Überstunden, pflegen im Minutentakt, keine Zeit für Fortbildung und dazu wenig Lohn – daraus kann keine gute Pflege entstehen.

Aufgabe der Politik ist es, den Rahmen zu schaffen, damit Pflegekräfte und Einrichtungen gute Leistungen erbringen können.

Der aktuelle Pflege-Qualitätsbericht des Medizinischen Dienstes stellt fest, dass in jeder fünften Einrichtung Bewohnerinnen und Bewohner keine angemessene Unterstützung beim Essen und Trinken erhalten. Das sei besser geworden. Beruhigen kann das nicht. Jedes Pflegeheim muss in der Lage sein, Grundbedürfnisse zu erfüllen. Das ist das Mindeste was verlangt werden kann.

In der ambulanten Pflege, so der Bericht, mangelt es an ausreichenden Informationen für Angehörige demenzkranker Menschen. Und pflegerische Standards werden oft nicht eingehalten.

Doch Beratung und erforderliche Prozessstandards gibt es nur dort, wo die Personalbesetzung stimmt.

Beruflich Pflegenden wollen das einsetzen, was sie gelernt haben. Sie arbeiten engagiert und kennen doch die Mängel. Die knappe Zeit, die ihnen für Pflege und Betreuung zur Verfügung steht, reicht nicht. Mehr als die Hälfte der Pflegenden sagen, dass sie diesen Konflikt zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht ein Berufsleben lang aushalten können.

Wir müssen jetzt das Signal auf „Gute Arbeit“ stellen. Die Herausforderungen nehmen zu. Bis 2030 steigt die Zahl der Pflegebedürftigen um rund eine Million.

Dafür brauchen wir mehr professionelle Pflegekräfte. Das ist nicht leicht bei dem enger werdenden Arbeitsmarkt. Das gelingt nur, wenn die Altenpflege zu einem attraktiven Beruf

wird. Sonntagsreden aus den Ministerien helfen da nicht weiter. Wir brauchen handfeste Maßnahmen.

Wer in der Pflege arbeitet, braucht Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, braucht eine tarifliche Bezahlung und braucht geregelte Arbeitsbedingungen.

Die Ausbildung muss gefördert werden. Dass es immer noch Bundesländer gibt, in denen für die Ausbildung in der Altenpflege Schulgeld erhoben wird, ist ein Skandal.

Leider bringt auch der Entwurf zum Pflege-Neuausrichtungsgesetz keine Lösung, wie dem Fachkräftemangel in der Pflege begegnet werden kann.

Im Gegenteil:

Mit dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz eröffnet die Bundesregierung neue Möglichkeiten zur Billig-Pflege.

Minister Bahr hat im Bundeskabinett durchgesetzt, dass künftig die Pflegekasse auch mit Einrichtungen einen Vertrag schließen muss, die keine ortsübliche Vergütung zahlen. Er will den Mindestlohn - 7,75 Ost / 8,75 West - zum Standard machen. Das macht Druck auf alle Einrichtungen mit Tarifverträgen.

Wir lehnen ein solches, gesetzlich gefördertes Lohndumping in der Pflege ab und fordern jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten auf, dieser Lohndrückerei die Zustimmung zu verweigern. Eine solche Neuausrichtung brauchen wir nicht. Wir brauchen attraktivere und nicht billigere Pflegeberufe.

Das Bündnis GUTE PFLEGE hält es für unabdingbar, dass

1. die Personalbemessung und die Ausbildungsbedingungen verbessert werden,
2. Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung verlässlich und familienfreundlicher werden und dass
3. gerechte Einkommen in der Pflege gezahlt werden.

Deshalb werden Tarifverträge gebraucht, die den Lohn der Beschäftigten nicht dem Preiswettbewerb unterwerfen.

Im Bündnis für Gute Pflege wollen wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Markenzeichen guter Pflege werden.